

«Wir wollen keine Testpersonen sein»

Die Gegner des Baus einer Mobilfunkantenne in Schaan haben Daniel Risch eine Petition mit rund 240 Unterschriften überreicht.

Julia Kaufmann

In den vergangenen Jahren ist es um das Thema Mobilfunkstrahlung ruhiger geworden. Eine Vielzahl an Studien konnte bislang nicht nachweisen, dass von diesen elektromagnetischen Feldern eine Gesundheitsgefahr ausgeht. Doch mit dem Aufkommen der 5G-Technologie und den damit verbundenen anderen Frequenzen ist die Debatte wieder aufgekommen. Viele Menschen fürchten, dass sich das 5G-Mobilfunknetz schädlich auf Mensch, Tier und die Pflanzenwelt auswirkt.

Die Mobilfunkanbieter Salt, Swisscom und FL1 wollen an der Landstrasse in Schaan oberhalb der BVD Druck und Verlag AG eine Mobilfunkantenne errichten. Damit sollen Versorgungslücken geschlossen werden. Mit 5G hat das laut Robert Eberle, dem Geschäftsführer der Salt (Liechtenstein) AG, nichts zu tun. Dennoch befürchten manche Anwohner, dass die Antenne auf 5G aufgerüstet wird. Als Vertreter einer Anwohnergruppe, die von der Regierung fordert, ein Moratorium für die Erstellung weiterer Mobilfunkantennen zu verordnen, übergaben Hannelore Frick, Fabian Haas und Werner Frick gestern eine Petition mit rund 240 Unterschriften an Regierungschef-Stellvertreter Daniel Risch.

«Ein Zeichen auf oberster Ebene setzen»

Gemäss der Landesverfassung steht den Bürgern das Petitionsrecht zu. Jedoch kann eine solche nicht direkt der Regierung überreicht werden. Stattdessen ist der Landtag zu adressieren, der die Petition gegebenenfalls behandelt und der Regierung zur weiteren Bearbeitung übergibt. Dessen waren sich die Petitionäre bewusst, dennoch wollten sie mit der Aktion ein Zeichen «an oberster Stelle» setzen, sagte Hannelore Frick. Der Staat sei dafür verantwortlich, auf die Gesundheit seiner Bürger zu achten – «jetzt nehmen wir ihn in die Pflicht», fügte Werner Frick an. Die gestrige Übergabe war demnach eine «symbolische Überreichung», wie Daniel Risch erklärte. Er habe sich mit den Petitionären getroffen, da diese im Vorfeld



Die Petitionäre Fabian Haas, Hannelore Frick und Werner Frick übergaben Regierungschef-Stellvertreter Daniel Risch (Zweiter v.l.) gestern rund 240 Unterschriften. Bild: Daniel Schwendener

schon auf ihn zugekommen seien. «Ich habe sie vorab über die entsprechenden Möglichkeiten informiert. Trotzdem bestand ihrerseits der Wunsch, die Petition bei der Regierung abzugeben», so Risch. Für ihn sei das Gespräch aufschlussreich gewesen, da die Anwohner aus Schaan ihre Motivation und

Ziele nochmals verdeutlichen konnten. Umgekehrt sahen die Petitionäre die Chance, ihrem Anliegen die nötige Aufmerksamkeit zu verschaffen. «Die Bevölkerung soll über unsere Besorgnisse Bescheid wissen. Denn so kann unser Anliegen nicht so leicht unter den Teppich gekehrt werden», erklärte

Werner Frick. Als nächstes wollen sie Kontakt zu Landtagsabgeordneten aufnehmen, damit ihre Sorgen in der Oktober-Session Gehör finden. «Mit der kleinen Anfrage von Harry Quaderer wurde der Weg bereits gebahnt (siehe Text unten, Anm. d. Red.). Wir wollen nun auf diesem weitergehen», so

Werner Frick. Würde es anschliessend zu einem Stillstand kommen oder das Anliegen abgeschmettert werden, behalte sich die Gruppe vor, auf nationaler Ebene eine Initiative für ein Moratorium zu starten. Ein solches wurde beispielsweise in Genf erwirkt. Das Verbot, 5G-Mobilfunkantennen zu bauen, soll im Schweizer Kanton erst aufgehoben werden, wenn unabhängige wissenschaftliche Erkenntnisse über mögliche Gesundheitsschäden von 5G vorliegen – etwas, das auch die Liechtensteiner Petitionäre fordern.

Unabhängige Untersuchung gefordert

Nach eigenen Angaben sind die Anwohner aus Schaan nicht prinzipiell gegen den Mobilfunk. Sie wollen allerdings wissen, welche Auswirkungen dieser – und vor allem das 5G-Netz – auf den Menschen und seine Umwelt hat. Die Abklärungen, die das Amt für Umwelt vor einigen Monaten bezüglich der Angaben der Mobilfunkanbieter getätigt hat, lassen sie nicht gelten – auch wenn die Messwerte zeigten, dass die Strahlungswerte eingehalten werden. «Wir wol-

len Messungen von unabhängigen Experten und nicht etwa von den Mobilfunkbetreibern, die Betriebsstandsmeldungen beim Amt für Kommunikation und beim Amt für Umwelt einreichen. Was macht das auch für ein Bild, wenn ich mich selbst bewerten müsste», sagte Hannelore Frick. Ihrer Meinung nach gibt es in Liechtenstein niemanden, der eine solche unabhängige Untersuchung durchführen könnte. Deshalb hätten sie bereits Kontakt mit dem Verein «Giga-herz.ch» aufgenommen, der seit mehr als zehn Jahren gegen das Mobilfunknetz in der Schweiz ankämpft. «Zudem werden wir mit Experten aus Deutschland und Österreich in Verbindung treten», führte die Petitionärin an.

Des Weiteren stören sich die Petitionäre daran, dass die Mobilfunkantenne in einer Wohngegend und in der Nähe von zwei Schulgebäuden (dem Liechtensteinischen Gymnasium und dem Schulzentrum Mühleholz II) gebaut werden soll. Fabian Haas beispielsweise ist es ein Anliegen, dass jeder selbst entscheiden könne, welcher Strahlung er ausgesetzt werde. «Gerade wenn diese so hoch ist», betonte er. Wie seine Mitstreiter plädiert Haas für objektive Messkontrollen, die überdies in Echtzeit durchgeführt werden sollen. Denn die Einwohner sollen in den Augen der Petitionäre nicht in einem «Feldversuch» als «Testpersonen» herhalten müssen, weil ein Nachweis für die Unbedenklichkeit der Strahlen bislang von niemandem erbracht wurde. «Ausserdem haben wir, anders als behauptet, überhaupt keine Verbindungsprobleme in unserer Wohngegend festgestellt.»

Zu den Sorgen meint Daniel Risch, dass oft über die gesundheitsschädigenden Folgen von Strahlen zu lesen sei. «Die Gründe, dass man neuen Technologien generell und dem Mobilfunk im Speziellen kritisch gegenübersteht, sind sicher vielfältig», hält er fest. «Aus Liechtensteiner Sicht ist sicher wichtig zu unterstreichen, dass die vorsorglichen Grenzwerte in Liechtenstein im Vergleich zum EU-Ausland rund zehn Mal tiefer sind», so Risch.

Die Rahmenbedingungen stimmen

«Don't worry, be happy» (zu deutsch: Sorge dich nicht, sei glücklich) ist nicht nur ein Welt-Hit des US-Sängers Bobby McFerrin, sondern entspricht auch ein wenig der Haltung von Regierung, Ämtern und Anbietern beim Thema Mobilfunk. So nimmt es zumindest der DU-Abgeordnete Harry Quaderer nach eigenem Bekunden wahr und adressierte anlässlich der vergangenen Landtagssession deshalb eine Kleine Anfrage an Regierungschef-Stellvertreter Daniel Risch. Grundtenor: Wären ein wenig mehr Sorge und Regulierung vielleicht nicht doch angezeigt?

Einhaltung der Werte wird laufend überwacht

Risch strich im Zuge der Beantwortung der von Quaderer aufgeworfenen Fragen heraus,

dass die Regierung die der Bevölkerung durchaus «sehr ernst» nehme. Zugleich war er jedoch um Relativierung bemüht.

So betonte der Regierungschef-Stellvertreter, dass die zur Verfügung stehenden Ressourcen beim Amt für Umwelt laut Einschätzung der Behörde ausreichen, um die Überprüfung der Einhaltung der massgebenden Grenzwerte sicherzustellen. Quaderers Anregung, Strahlungswerte im Sinne von Kontrolle und Transparenz laufend in einer zentralen Datenbank zur Verfügung zu stellen, begegnete er mit der Aussage, dass alle in Liechtenstein tätigen Mobilfunkanbieter verpflichtet seien, beim Amt für Kommunikation wie beim Amt für Umwelt monatliche Betriebsstandsmeldungen einzu-

reichen. «Die Einhaltung der Strahlungswerte wird somit laufend beaufsichtigt und überwacht.» Auch der vom Landtagsabgeordneten in Frage gestellte Umstand, dass die Beurteilung der Notwendigkeit eines Mobilfunkmasts den Anbietern obliege, bedarf für Risch keiner Anpassung. Eine andere Handhabung wäre auch kaum möglich, wie er erklärte: «Aufgrund der technischen Komplexität, die eine umfangreiche Planung benötigt, können diese Entscheidungen – wie auch international üblich – nur die Betreiber treffen.»

Moratorium wäre «nicht zielführend»

Schliesslich erteilte der Regierungschef-Stellvertreter der Idee eines Ausbaumoratoriums eine Absage. Ein solches, so

Risch, sei aus mehreren Gründen nicht zielführend: Erstens zeige der Blick in die benachbarte Schweiz, dass solche Moratorien einer gesetzlichen Überprüfung voraussichtlich nicht standhielten. Zweitens seien die Grenzwerte in Liechtenstein im internationalen Vergleich niedrig und ein 5G-Ausbau führe auch nicht zwingend zu einer Erhöhung der Grenzwerte. Drittens sei die Regierung der Auffassung, dass die heutigen Rechtsgrundlagen in Liechtenstein «ein ausreichendes Mass» an Koordination, Kontrolle und Transparenz vorsähen.

«No worries» also, um in McFerrins Diktion zu bleiben. Aus Sicht der Regierung mit gutem Grund.

Oliver Beck

GPK-Wahl: Alle Parteien dürfen wieder mitmischen

Bei den Wahlen für die Geschäftsprüfungskommissionen in Schaan und Triesen konnte am Sonntag der dritte Sitz nicht besetzt werden. Grund dafür war, dass in Schaan die Freie Liste ein Grundmandat mit ihrem Kandidaten Walter Wachter nicht erreicht hat. Und in Triesen haben die Demokraten pro Liechtenstein mit ihrem Kandidaten Klaus-Dieter Kindle die erforderliche Wahlzahl nicht erreicht.

In Schaan hätte es für die VU für ein Restmandat gereicht

und in Triesen hätte es der FDP aufgrund der Parteistimmen für ein zweites Grundmandat gereicht. Da aber in beiden Gemeinden die Parteien jeweils nur mit einem Kandidaten angetreten sind, konnten die Mandate nicht vergeben werden.

Aus diesem Grund muss nun in Schaan und Triesen eine Nachwahl durchgeführt werden. Diese wird im Sinn einer neuen Wahl durchgeführt. Das heisst, dass alle Wählergruppen die Möglichkeit haben, erneut einen Kandidaten oder eine

Kandidatin für einen Sitz in die Geschäftsprüfungskommission zu nominieren.

Nachwahl vermutlich mit Landesspital-Abstimmung

Konkret heisst dies, dass auch Parteien, welche in den beiden Gemeinden am Sonntag nicht angetreten sind, noch einsteigen könnten. Theoretisch wäre es aber auch denkbar, dass sich die Parteien darauf einigen, dass Walter Wachter in Schaan und Klaus-Dieter Kindle in Triesen als einzige Kandidaten

nochmals antreten. Damit würde es bei der Nachwahl keine Rolle mehr spielen, wie viele Stimmen sie erhalten.

Die notwendige Nachwahl in Schaan und Triesen dürfte sehr wahrscheinlich mit der Volksabstimmung über den Neubau des Landesspitals zusammengelegt werden. Somit können sich die Gemeinden den zusätzlichen administrativen und personellen Aufwand sparen. Am kommenden Sonntag wird die Gemeinde Triesenberg noch als letzte Gemeinde

ihre Geschäftsprüfungskommission wählen. Dort treten die VU, die FDP und die FL mit je einem Kandidaten für die drei Sitze in der GPK an. Auch dort ist somit eine Nachwahl nicht ausgeschlossen, da die Freie Liste zunächst ein Grundmandat erzielen muss. Die Abschaffung des Grundmandatserfordernisses auf Gemeindeebene wird wahrscheinlich noch in diesem Jahr auch im Landtag ein Thema sein. Eine entsprechende Motion wurde an die Regierung überwiesen. (sap)

Klinik Gaflei und Landesspital kooperieren

Gesundheit Das Landesspital und die Clinicum Alpinum AG haben einen Kooperationsvertrag «mit dem Ziel einer partnerschaftlichen Zusammenarbeit» unterzeichnet, wie die Unternehmen mitteilen. Bei psychischen Störungen von Patienten kann das Landesspital somit die Fachärzte des Clinicum Alpinum zur Unterstützung hinzuziehen. Bei somatischen Notfällen hilft das Landesspital umgekehrt. (red)